



Mit den Bürgern für die Bürger **- Grundsätze politischen Handelns -**

Rostock benötigt politische Veränderung. Dem Willen der Bürger muss mehr Gehör verschafft werden. Durch die wechselnden Zweckbündnisse zwischen den drei großen Parteien sind Strukturen entstanden, in denen nur Wenige entscheiden, Filz begünstigt wird und Demokratie zum bloßen Schein verkommt. Rostock aber braucht Bürgerschaftsmitglieder, die transparent und ehrlich mit Herzblut für unsere Stadt tätig sind. Mit Rostocker Bund/Freie Wähler hat der Bürgerwille eine solche Stimme.

Fachkompetenz, Sachorientierung und Verzicht auf Postengerangel kennzeichnen den Rostocker Bund und führten in den letzten 7 Jahren zu Respekt und Anerkennung. Ohne sein Wirken wären IGA-Defizit und „politische Korruption“ aufgrund geschäftlicher Abhängigkeit und Vorteilnahme länger im Dunkeln geblieben, gäbe es noch keinen Verhaltenskodex für kommunale Unternehmen und Aufsichtsratsmitglieder. Diese politische Kraft ist auch in Zukunft erforderlich.

Frischen Mutes und unverfälscht kümmern wir uns um die Sorgen und Nöte von Bürgern. Von Wahlprogrammen mit ihren Versprechen halten wir nichts. Auch stellen wir fest, dass inzwischen fast alle Parteien/Wählergruppen viele unserer Ideen der letzten Jahre verbal übernommen haben. Doch es kommt auf die Taten an! Wir bevorzugen die Aufstellung von Grundsätzen für politisches Handeln, an denen sich Tagespolitik orientiert. Jeder Bürger ist dabei eingeladen aktiv mitzugestalten, denn: Nur Bürgereinmischung beseitigt Politikerverdrossenheit und Parteienverdrossenheit.

Einmischung im Bürgerinteresse – Aktiv für Rostock

- Nähe zum Bürger und den Problemen der Menschen in unserer Stadt
- Entwicklung einer *Vision für Rostock* gemeinsam mit den Bürgern
- Querdenken in der Politik gegen Parteienklüngel, verkrustete Strukturen und eingelaufene Denkweisen
- Bürgerinteressen und Allgemeinwohl vor Parteiinteressen und Lobbyismus
- Selbstorganisation und direkte Teilhabe: Bürgerforen und -befragungen, Bürgerhaushalt, Bürgerentscheide
- Transparenz und Offenheit in der Politik; Übertragung der Bürgerschaftssitzungen im lokalen Fernsehen, Radio und/oder Internet
- Verbesserung des Politikstils: Sacharbeit vor Politstreit; Ehrlichkeit und Transparenz statt Vertuschung und Filz

Arbeit sichern - Wirtschaft stärken

- Entwicklung einer offensiven Ansiedlungsstrategie sowie ganzheitlichen Wirtschaftsförderung; gezielte Förderung von Neugründungen aus einer Hand
- Verbindung von Stadt-, Regional- und Landesmarketing
- Intensivierung der Bestandspflege klein- und mittelständischer Unternehmen
- Erringung des Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“
- Erhöhung der Auftragsvergaben an regionale Unternehmen
- Qualitätskriterien bei öffentlichen Vergaben zur Vermeidung von Dumpingpreisen
- Ausbau weicher Wirtschaftsfaktoren wie bezahlbare Kinderbetreuung, wohnortnahe sanierte Schulen, Theater und Kultur

- Ausbau der Infrastruktur, denn Straßen-, Fähr-, Bahn- und Flugverbindungen sind Lebens- und Wirtschaftsadern; Wiederbelebung der Strecke Berlin-Rostock-Kopenhagen; Anerkennung von Rostock-Laage als Landesflughafen
- Sicherung von kommunalem Eigentum zur Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie als Kapital für künftige Generationen
- Ablehnung von Verkäufen kommunalen Eigentums der Daseinsvorsorge
- Augenmaß bei bestehenden und neuen Privatisierungen und Beteiligungen, Binden an Kriterien wie wirtschaftliche Effizienz, langfristige Folgen für die Stadt, soziale und ökologische Orientierung
- Rücknahme der Erhöhungen von Gewerbesteuerhebesatz und Grundsteuer B
- Verzicht auf eine Fremdenverkehrsabgabe und damit Ablehnung einer Ungleichbehandlung von Rostock und Warnemünde/Rostocker Heide

Verantwortung übernehmen – Soziale Härten abfedern

- Stärkung der ganzheitlichen Verantwortung von Politik im Sinne des besten ökonomischen, sozialen und ökologischen Nutzens für alle Bürger
- Solidarische Gestaltung der Gesellschaft
- Hauptziel: Menschen in Arbeit bringen und halten; Arbeit ist eine Frage von Gerechtigkeit und Menschenwürde
- Umkehr der derzeitigen Entwicklung eines drastischen Anstiegs kommunaler Sozialleistungen bei beispiellosem Rückgang kommunaler Investitionen: komplettes Ersetzen der Mehrkosten von Hartz IV durch die Bundesregierung
- Entwicklung von Strategien zum Binden Jugendlicher an Rostock
- Einstellen auf eine älter werdende Bevölkerung und deren spezifische Bedürfnisse bei Wohnen, Gesundheit und Freizeit
- Mehrgenerationenangebote bei Wohnhäusern, Spielplätzen, Freizeitangeboten
- Nutzung des Fachwissens und der Sozialkompetenz von Senioren
- Absicherung der Teilhabe von Mensch mit Handicap am gesellschaftlichen Leben
- Barrierefreiheit nicht nur bei Straßen, Gehwegen und Gebäuden, sondern auch in den Köpfen
- Verstärkung der Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher
- Stärkung bedarfsgerechter Jugendhilfeangebote sowie Absicherung einer Vielfalt von Trägern im Jugend- und Sozialbereich
- Förderung und Anerkennung von Eigenverantwortung und ehrenamtlicher Arbeit
- Verbesserung der Integration von aus dem Ausland stammenden Mitbürgern

Lebensgrundlagen erhalten – Klimaschutz umsetzen

- Schutz von Boden, Wald und Wasser als unersetzbare Lebensgrundlagen
- Beachtung ökologischer Erfordernisse bei kommunalen Flächennutzungsplänen
- Sparsamkeit beim Bodenverbrauch; soziale Gestaltung von Eigentums- und Nutzungsrechten
- Schutz der „Grünen Lungen“ Rostocks: Parks und Kleingärten
- Beruhigung und Lenkung von Verkehr sowie „Grüne Welle“ auf den Hauptverkehrsadern der Stadt
- Erhalt des Kommunalwaldes und des Qualitätsstandards als FFH-Gebiet
- Energiewende: Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft, Erdwärme
- Beteiligung am Wettbewerb „Grüne Hauptstadt Europa“ 2012/13
- Nachhaltigkeit bei der Verbindung von Abfall- und Energiewirtschaft
- Unterstützung eines energiesparenden und finanzierbaren öffentlichen Personen- und Nahverkehrs

Verwaltungsreform gestalten – Bürgernähe herstellen

- Schaffung von Handlungsspielräumen für die Entwicklung aus eigener Kraft
- Zukunftsgestaltung statt Mangelverwaltung
- Einbeziehung aller Beteiligten auf gleicher Augenhöhe: Verwaltung, Politik, Personalvertretung, Gewerkschaft, Bürger
- Entwicklung der Verwaltung als Dienstleister für den Bürger
- Umsetzung eines lesbaren Bürgerhaushaltes
- Aufbau einer schlanken, ressourcenorientierten Verwaltung, die sich als bürgerfreundlich, kostenbewusst und mitarbeiterorientiert erweist
- Verbindung von Haushaltssicherung und Verwaltungsreform mittels Aufgaben- und Strukturkritik, Personalentwicklung, Budgetierung, Zielvereinbarungen
- Straffung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- Abbau von Mehrfachzuständigkeiten
- Neustrukturierung der Senatsbereiche nach fachlichen Gesichtspunkten anstelle politischer Einflussbereiche
- Erhalt der Ortsämter als Garanten von Bürgernähe und Verwaltung vor Ort

Bildung garantieren – Fähigkeiten entwickeln

- Bildung und Erziehung sind die soziale Frage unseres Jahrhunderts
- Einsatz für Investitionen in Bildung als Investition in die Zukunft
- Absicherung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung als zentrales Kriterium für Gerechtigkeit in der Gesellschaft
- Schaffen guter Fundamente aus Wissen, Vertrauen, Sozialkompetenz und Werten zur Nutzung von Lebens- und Arbeitschancen sowie zur Übernahme von Eigenverantwortung
- Abschluss der Sanierung von Kitas und Schulen
- Stärkung der selbständigen Schulen
- Entwicklung von Schulen als Lebens- und Begegnungszentren in den Stadtteilen zur Förderung von Identität und Verantwortung
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft in gemeinsamen Projekten
- Entwicklung einer strategischen Einheit von Stadt und Universität im Sinne einer Universitäts- und Hansestadt Rostock; Unterstützung der Hochschulen als Wirtschaftsfaktor und Grundlage für Zukunftsentwicklung; Stärkung ihrer Entwicklung und Autonomie

Kultur fördern – Persönlichkeitsentfaltung ermöglichen

- Akzeptanz von Kultur als Stifterin von Werten, regionaler Identität und damit „Daseinsvorsorge“ im besten Sinne des Wortes
- Absicherung eines vielfältigen Kulturangebots, denn Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus sind darauf angewiesen
- Erkennen der wirtschaftlichen Begleiteffekte von Kultur; Kulturförderung ist Wirtschaftsförderung; Wirtschaft ist zugleich stärker in Kulturförderung einzubinden
- Aufbau einer Kulturentwicklungsplanung mit Leistungs- und Zielvereinbarungen
- Entwicklung und Umsetzung eines Museumskonzeptes und Musikzentrums
- Entwicklung des Theaters zu einem Kulturinnovationszentrum durch Verbindung von Theater, freier Kulturszene und kulturnahem Gewerbe; Theaterneubau bis 2018
- Entwicklung eines „Kulturraums Rostock“ mit Regelungen zum Kulturlastenausgleich zwischen Oberzentrum und Umlandgemeinden

Demokratie wahren, Alltag schützen – Prävention in den Vordergrund stellen

- Anerkennung des Bedürfnisses von Bürgern nach Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit
- Intoleranz gegenüber Vandalismus, Kriminalität und Extremismus
- Nutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten des staatlichen Eingreifens unter Ablehnung von Maßnahmen, die zu einem „Überwachungsstaat“ führen
- Berücksichtigung der Forderungen der Polizeigewerkschaft
- Organisierung von Sicherheitspartnerschaften auf lokaler Ebene
- Aufklärung und inhaltliche Auseinandersetzung sowie Beseitigung sozial-ökonomischer Probleme als Antworten auf extremistisches Gedankengut

Partnerschaften wagen – Region Rostock zusammenwachsen lassen

- Rostock und sein Umland benötigen einander
- Wachsenlassen der Kooperationen von unten, kein Erzwingen oder Diktieren von oben; Ablehnung einer Kommunalreform gegen die Kommunen
- Erhalt der Nähe zum Bürger und der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gemeinden; Demokratie muss erlebbar bleiben
- Ablehnung einer Sanierung des Landes auf Kosten der Kommunen
- Verbesserung der Finanzausstattung der kreisfreien Städte durch das Land
- Reform der Gemeindefinanzierung auf Bundesebene
- Abstimmung regionaler Projekte durch vertrauensvollen und regelmäßigen Kontakt der Bürgermeister der Region Rostock sowie dauerhaften Dialog zwischen Ministerpräsident, Oberbürgermeister und Landräten
- Verbesserung der Einbindung Rostocks in den Ostseeraum sowie der Internationalität der Hansestadt

Im Jahr 1283 schlossen die Wendischen Hansestädte ein Landfriedensbündnis mit dem Namen „*Rostocker Bund*“. Bündnisse schaffen die Grundlage von Entwicklung. Hanseatische Tugenden sind Basis für gelingende Politik. Wir möchten ein Bündnis schließen für eine Entwicklung ohne parteipolitische Zwänge, für die Zukunft einer „Region Rostock“ im Haus Europa.

Vertrauen wagen – Zukunft gestalten – Gemeinsam handeln

Bürgereinmischung statt Politikverdrossenheit

Zivilcourage in die Bürgerschaft

Ihre drei Stimmen für:

Dr. Sybille Bachmann, Jürgen Dudek, Dr. Christel-Katja Fuchs, Friedrich Koch, Reinhart Kühner, Hermann Frahm, Rainer Penzlin, Thammo Stolle, Manfred Betke, Christian Hoffmann, Dr. Pascha Nagijew, Evelyn Koch, Helga Stolle, Herbert Goldenbogen

Rostocker Bund/Freie Wähler